

09.07.2020

Kleine Anfrage 4080

des Abgeordneten Sven W. Tritschler AfD

Ist Köln ein Zentrum des Linksextremismus in Nordrhein-Westfalen?

Die Stadt Köln und/oder einer ihrer Stadtteile, „Veedel“ genannt, werden allein zwölfmal in der Sektion „Autonome Linksextremisten“ des kürzlich erschienenen Verfassungsschutzberichts NRW über das Jahr 2019 erwähnt. Es geht bei diesen Erwähnungen in erster Linie um rechtswidrige Hausbesetzungen. Diese haben über das gesamte Stadtgebiet verteilt stattgefunden.

Außerdem existiert in Köln eine Vielzahl von linken Treffpunkten, die zum Teil sogar von der Stadt Köln gefördert werden. Es gibt das Autonome Zentrum an der Luxemburger Straße, Bauwagenplätze, sogenannte Bürgerzentren in freier Trägerschaft usw. Die Landesregierung hat in der Vergangenheit bestätigt, dass allein das Autonome Zentrum vier vom Verfassungsschutz beobachtete linke Organisationen zumindest temporär beherbergt.

In Köln können wegen meist gewaltsamer Proteste die Veranstaltungen der Partei AfD nur unter massiven Polizeischutz stattfinden. An diesen Protesten nehmen auch Politiker aus dem sogenannten demokratischen Spektrum von SPD und Grünen teil. Viele Gastronomen trauen sich nicht, der AfD und anderen nicht-linken Organisationen Räumlichkeiten aufgrund der Bedrohung durch Linke zu überlassen. Offen beworbene Stammtische sind z.B. für den Kreisverband der AfD in Köln nicht möglich. Das stellt einen massiven Eingriff in die grundgesetzlich verbrieften Rechte der Partei dar, für ihre Positionen Wähler und Mitglieder werben zu können. Die Einschüchterung erfolgt mit mafiaähnlichen Methoden. Die Wirte werden außerdem für das Überlassen ihrer Räumlichkeiten an Nichtlinke in der Nachbarschaft mit Flugblättern und in den sozialen Medien gebrandmarkt.

Insbesondere im Stadtteil Sülz können in letzter Zeit vermehrt Aktivitäten der Linken wahrgenommen werden z.B. das Verteilen von Flugblättern, die Organisation von Demonstrationen und das Anbringen von Aufklebern und Plakaten wie auch das Umbenennen von Straßen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche linksextremen Bestrebungen haben im Jahr 2019 und im ersten Halbjahr 2020 in der Stadt Köln Aktivitäten entfaltet?
(Bitte nennen Sie hier neben dem Namen der jeweiligen Bestrebung auch die Mitgliederzahl in Köln, die Mitgliederzahl im Bund und NRW sowie das Kölner Veedel des Sitzes der Organisation).

Datum des Originals: 09.07.2020/Ausgegeben: 10.07.2020

2. Auf welche Akteure des demokratischen Spektrums haben linksextreme Bestrebung in Köln im Jahr 2019 und im ersten Halbjahr 2020 Einfluss zu nehmen versucht?
3. Ist die Stadt Köln im Vergleich zu anderen Ballungszentren Nordrhein-Westfalens ein Schwerpunkt der linksextremen Szene?
4. Sind linksextreme Bestrebungen in bestimmten Stadtteilen Kölns besonders aktiv?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um den Linksextremismus in Köln zu bekämpfen und politisch Andersdenkende zu schützen?

Sven W. Tritschler